

Wien Energie GmbH | 1030 Wien | Postfach 500

Energie-Control Austria
Rudolfsplatz 13a
A-1010 Wien

via e-mail:
remit@e-control.at

Public Affairs

Kontakt: Mag. Johannes Jungbauer
Telefon: +43 (0)1 4004-31603
Telefax: +43 (0)1 4004-9931603
Email: johannes.jungbauer@wienenergie.at
Datum: 30.10.2014

Begutachtung zur Energiegroßhandelsdatenverordnung – EGHD-VO **Stellungnahme der Wien Energie GmbH**

Sehr geehrte Damen und Herren,

vielen Dank für die Möglichkeit zur Stellungnahme zum Begutachtungsentwurf der Energiegroßhandelsdatenverordnung.

Die Position von Wien Energie:

- Wien Energie unterstützt explizit ein europäisches Transaktionsreporting, spricht sich aber gegen ein isoliertes Vorgehen Österreichs aus, das im schlimmsten Fall einer europäischen Lösung zuwider laufen kann.
- Wien Energie spricht sich gegen die zwangsläufige Etablierung eines Doppelreportings durch die Energiegroßhandelsdatenverordnung aus.
- Es sollte die europäische Entwicklung abgewartet werden und die geplante Verordnung der E-Control erst zu einem späteren Zeitpunkt im Gleichklang mit den europäischen Vorgaben erlassen werden. Das Festlegen einer nationalen Reportingverpflichtung so kurz vor Finalisierung der Meldeverpflichtung auf EU-Ebene ist nicht zweckmäßig, da die erheblichen Mehrkosten einer frühzeitigen isolierten Verpflichtung in keinerlei Relation zum etwaigen kurzfristigen Informationsgewinn stehen.
- Als Konsequenz einer österreichischen Sonderlösung ist mit wesentlichen zusätzlichen Kosten für Unternehmen zu rechnen. Dabei handelt es sich um eine wettbewerbsverzerrende Zusatzbelastung für den österreichischen Energiemarkt. Die Zusatzaufgaben durch die Verordnung könnten zur Folge haben, dass der österreichische Markt an Attraktivität verliert.

Ausführungen im Detail:

Die Verordnung (EU) Nr. 1227/2011 (REMIT) sieht die europaweite Meldung von abgeschlossenen Transaktionen einschließlich der Handelsaufträge auf Energiegroßhandelsmärkten vor. Demnach sind zukünftig Daten zur Bewertung und zum Monitoring der Energiegroßhandelsmärkte an ACER zu melden. Konkret müssen im Rahmen des Transaktionsreportings standardisierte und nicht standardisierte Verträge (bilaterale Verträge) an die europäische Aufsichtsbehörde ACER gemeldet werden.

Die Details der Datenerhebung (etwa die zu meldenden Verträge und Derivate sowie allfällige Bagatellgrenzen, Zeitpunkt und Form der zu meldenden Informationen etc.) werden im Wege von Durchführungsrechtsakten der Europäischen Kommission bestimmt, die nach aktuellem Informationsstand im Oktober 2014 fertig gestellt werden. Die Kommission hat in ihren „Draft Implementing Acts“ vom

8. Juli 2014 ACER beauftragt, die Details des Reportings in einem Leitfaden zu erläutern und diesen nach Inkrafttreten der Durchführungsrechtsakte zu veröffentlichen.

Der Grund für das bereits mehrmals verschobene Transaktionsreporting (Beginn frühestens 2015) liegt in dessen Komplexität, insbesondere im Hinblick auf die Verfügbarkeit und die große Menge der Daten (es müssen pro Transaktion ca. 60 Datenfelder gemeldet werden) und der erforderlichen Übereinstimmung der von verschiedenen Vertragsparteien gemeldeten Transaktionsdaten.

Nachteile eines isolierten Vorgehens Österreichs:

Ungeachtet dieser laufenden und kurz vor dem Abschluss stehenden europäischen Entwicklungen soll nun auf österreichischer Ebene mit der Energiegroßhandelsdatenverordnung ein eigenes nationales Transaktionsreporting eingerichtet werden.

Das Vermeiden eines nationalen Doppelreportings ist ein klar deklariertes Ziel von REMIT und auch das Energie-Control-Gesetz zielt in § 25a Abs. 2 auf die Vermeidung von Doppelmeldungen ab. Die geplante Verordnung führt unter Berücksichtigung der European Market Infrastructure Regulation (EMIR) potentiell sogar zu einem Dreifachreporting.

Ein national einseitiges Vorgehen vor Abschluss der europäischen Arbeiten muss zwangsläufig zu einem Doppelreporting führen, da sich das europäische Reporting nicht nach dem österreichischen Reporting richten wird. Wenn die rund 60 Datenfelder nicht mit den technischen Dokumenten von ACER übereinstimmen, wird es unabwendbar zu Doppelmeldungen kommen. Dies hat für die Unternehmen zur Folge, dass sie entweder zwei parallele IT-Systeme aufbauen oder die zusätzliche Fülle an unterschiedlichen Daten manuell im System eingeben müssten. Der damit verbundene Aufwand sowie die Kosten sind den Unternehmen nicht zumutbar und stellen kein geeignetes Mittel zu Erreichung des Regelungszweckes der Erhöhung der Transparenz des Energiegroßhandelsmarktes dar. Die Verordnung führt zu einer bloßen Überregulierung der Materie.

Als Konsequenzen des isolierten Vorgehens auf nationaler Ebene ist mit wesentlichen zusätzlichen Kosten für die betroffenen Unternehmen zu rechnen.

Zusätzlich sind folgende negative Auswirkungen zu erwarten:

- Fehlende Koordination bei der Übermittlung der Daten auf österreichischer und europäischer Ebene und in der Folge fehlende Kohärenz der Datensätze durch die unterschiedlichen Umsetzungspläne der Energiegroßhandelsdaten-VO und von REMIT. Damit potentiell widersprüchliche und daher unrichtige Interpretation der Daten, was dem Ziel einer erhöhten Transparenz auf den Energiemärkten samt korrekter Risikobeurteilung widerspricht.
- Doppelmeldung für Gas und Strom Derivate, die schon zu Hedging Zwecken unter EMIR gemeldet wurden.
- Für die Übermittlung der in der Vergangenheit abgeschlossenen, jedoch zum Stichtag des Reportings noch offenen Verträge, käme es zu einer weiteren Doppelbelastung der Unternehmen, basierend auf der Annahme, dass unterschiedliche Stichtage auf nationaler und europäischer Ebene festgelegt werden, und die Datenfelder bei Beginn des nationalen Berichtswesens noch nicht mit den EU-Anforderungen abgestimmt sein können.
- Darüber hinaus werden meldepflichtige Daten gefordert, die als über das Ziel hinausschießend zu bewerten sind. Im aktuellen Entwurf der Implementing Acts zu REMIT finden sich keine Transaktionsmeldungen für Fahrpläne, Nominierungen und Verträge über den Speicherzugang. Unserer Ansicht nach steht diese übermäßige Anforderung keinem entsprechenden Nutzen gegenüber.

Die Erhöhung der Transparenz des Energiegroßhandelsmarktes kann nur auf europäischer Ebene zu einem effizienten und sinnvollen Ergebnis führen, da Energiegroßhandelsmärkte zweifellos grenzüberschreitende Aspekte aufweisen (Stichwort gemeinsamer Binnenmarkt Europa) und ein europaweit einheitliches Vorgehen offenkundig Vorteile hat. Die bloße Sammlung von Daten, die zu einem unverhältnismäßigen Mehraufwand für die Marktteilnehmer führt, ist abzulehnen. Bei Bedarf hat die Regulierungsbehörde im Rahmen der Energiegroßhandels-Transaktionsdaten-Aufbewahrungsverordnung bereits heute die Möglichkeit, auf relevante Transaktionsdaten zuzugreifen.

Daher sollte die europäische Entwicklung abgewartet werden und die geplante Verordnung der E-Control erst zu einem späteren Zeitpunkt im Gleichklang und unter Berücksichtigung europäischer Vorgaben erlassen werden. Dies entspricht auch der Vorgangsweise anderer Mitgliedstaaten, wie Deutschland, wo die Markttransparenzstelle die entsprechenden Durchführungsrechtsakte erst ausführen wird, wenn die Meldepflichten unter REMIT auf Gemeinschaftsebene feststehen.

Mit der Bitte um Berücksichtigung unserer Stellungnahme. Für Rückfragen stehen wir sehr gerne zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüßen

Mag. Gabriele Maderbacher
Leitung Public Affairs